WP-01-K1-168

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Jérôme Treperman (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 168 bis 173:
Wir wollen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und um eine vertiefte~~n Digitalunion ergänzen: Damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß werden. Und wir wollen, dass Europa seine Kräfte bei Forschung und Innovation bündelt. Starke Netzwerke europäischer Universitäten, gemeinsame Rechenzentren oder Forschungsagenturen~~ Digitalunion ergänzen: Damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß werden. Und wir wollen den Binnenmarkt um eine "Fünfte Freiheit" für Forschung und Innovation ausweiten: So entfesseln wir die europäische Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Gemeinsame Forschungsinfrastrukturen und -agenturen stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit und können uns wieder zum Spitzenreiter bei den Zukunftstechnologien machen.

Begründung

Fortschritt durch Forschung und Innovation ist zentral für den Erhalt von Europas Wettbewerbsfähigkeit. Doch nach wie vor sind die Forschungs- und Innovationssysteme Europas fragmentiert und der Wissensaustausch und die Mobilität der Forschenden treffen weiterhin auf unnötige bürokratische und technokratische Hürden.

Neben den vier bestehenden Grundfreiheiten des Binnenmarkts (Waren, Dienstleistungen, Personen, Kapital) braucht es deshalb eine „Fünfte Freiheit“: Die Freizügigkeit für den grenzüberschreitenden Verkehr von Forschenden, Forschungsergebnissen, Wissen, Technologien und Förderung (siehe auch das Papier „Much more than a market“ von Enrico Letta).

Die EU hat gegenüber den USA in den letzten Jahren einen wesentlich niedrigeren Produktivitätszuwachs verzeichnet. Eine zentrale Ursache dafür ist die im Vergleich niedrigere FuE-Aktivität des Privatsektors. Die Stärkung des grenzüberschreitenden Wissens- und Technologietransfers zwischen öffentlichen und privaten Forschenden innerhalb Europas kann hier dringend benötigte Synergien schaffen. Die Schaffung eines echten Europäischen Forschungs- und Innovationsraums liegt in greifbarer Nähe und benötigt keine zusätzlichen Budgets.

Konkrete politische Maßnahmen einer solchen „Fünften Freiheit“ könnten u.a. umfassen:

- Stärkere Abstimmung nationaler Forschungs- und Innovationspolitik
- Mobilität von Forschenden erleichtern
- Öffnung nationaler und regionaler Programme für Teilnehmende anderer Mitgliedsstaaten
- Portabilität nationaler Forschungszuwendungen ermöglichen (wie bereits im ERC gehandhabt, nach dem Prinzip „money follows researcher“)
- Institutionelle Zusammenarbeit Europäischer Forschungseinrichtungen verstärken (z.B. Aufbau gemeinsamer Forschungszentren außerhalb der EU)

weitere Antragsteller*innen

Nicole Rudner (KV Berlin-Kreisfrei); Ute Reitz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Viola von Cramon (KV Göttingen); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Marcel Ernst (KV Göttingen); Vincent Scheller-Hein (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dave Sander (KV Harz); Timo Niedermeyer (KV Halle); Anja Eggert (KV Rostock); Knut Maximilian Kiesel (KV Main-Kinzig); Stephan Mönchinger (KV Spree-Neiße); Jan Meißner (KV Düren); Johannes Bade (KV Dachau); Marie Christine Heidenreich (KV Rostock); Karin Kayser (KV Görlitz); Liliana Marie Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Tilman Köhler (KV Germersheim); Bernd Michael Fernengel (LV Hessen); Eike Schuster (KV Mettmann); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.